

Antrag R-07
Jusos Bezirk Hannover

Sport ist politisch

1 Erst die Olympischen Sommerspiele 2008 in Pe-
 2 king, dann die Olympischen Winterspiele 2022 in Pe-
 3 king und dann die Fußballweltmeisterschaft in Ka-
 4 tar 2022. Dass große Sportereignisse aller Art im-
 5 mer wieder in Landern mit einer autoritären Regie-
 6 rung stattfinden, gehort mittlerweile zum Alltag im
 7 Sportgeschäft. So verbreitet sich der Eindruck, dass
 8 es den großen Sportverbänden egal ist, ob sie ih-
 9 re Wettbewerbe in Landern mit Menschenrechtsver-
 10 letzungen durchführen. Doch die Debatte darüber,
 11 wie wir als Gesellschaft auf solche Sportereignisse
 12 reagieren sollen, entfacht immer wieder aufs Neue.
 13 Sollen wir die Wettbewerbe nicht im Fernsehen ver-
 14 folgen? Müssen Sportler*innen ihre Teilnahme an
 15 den Wettbewerben verweigern? Soll die Politik ein-
 16 greifen?
 17 Beispielsweise ist die Ausbeutung von Arbeitsmi-
 18 grant*innen bei der Fußballweltmeisterschaft in Ka-
 19 tar 2022 ein großes Thema. Den Arbeiter*innen wird
 20 bei Arbeitsausfall das Einkommen gestrichen, Ur-
 21 laub und freie Tage werden ihnen vorenthalten und
 22 sie müssen mehr als 80 Stunden die Woche ar-
 23 beiten. Doch als wäre das nicht schon genug, sind
 24 zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft
 25 in Katar bereits jetzt 15.000 Arbeitsmigrant*innen
 26 aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen
 27 und der schlechten Versorgung gestorben. All das
 28 sind keine Einzelfälle. Immer wieder dringen Hin-
 29 weise auf Menschenrechtsverletzungen bei großen
 30 Sportereignissen in Autokratien an die Öffentlich-
 31 keit.
 32 Wir sind klar in unserer Haltung, dass Ausbeutung,
 33 Sklaverei und weitere Formen von Menschenrechts-
 34 verletzungen mit allen Mitteln verhindert werden
 35 müssen und dafür die Gesellschaft, die Politik und
 36 die Sportler*innen an einem Strang ziehen müssen.
 37 Denn Sportler*innen haben in unserer Gesellschaft
 38 eine Vorbildfunktion. Viele verschiedene Menschen
 39 schauen zu ihnen hoch und orientieren sich an ih-
 40 ren Handlungen und Aussagen. Damit erreichen sie
 41 auch nicht politisierte Menschen. Daher tragen sie
 42 eine Mitverantwortung dafür, wie wir mit den Wett-
 43 bewerben in den Autokratien umgehen. Sie stehen
 44 zwar nicht in der Hauptverantwortung, allerdings

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Wir fordern:

- Dass alle Sportverbände auf Bundes- und in-
 ternationaler Ebene, wie zum Beispiel das In-
 ternationale Olympische Komitee (IOC), FIFA
 oder das Internationale Paralympische Komitee (IPC), klare Haltung gegenüber Autokratien zeigen.
- Für die zukünftigen Auswahlprozesse soll
 durch unabhängige Expert*innen ein ab-
 gestufter Kriterienkatalog, der Aspekte wie
 Menschenrechtsverletzungen, Rechtsstaat-
 lichkeit und demokratische Verfasstheit
 bewertet. Auf dieser Basis sollen die Bewer-
 bungsländer geprüft werden.
- Auf Grundlage dieser Kriterien müssen die
 Länder bei schwerwiegenden Verstößen, wie
 Angriffe auf Leib und Leben (Folter, Ver-
 schwindenlassen, Völkermord, ethnische Ver-
 folgung, etc.), aus dem Auswahlverfahren
 ausgeschlossen werden. Die bereits jetzt ver-
 gebenen Wettbewerbe in diesen Staaten sol-
 len bedingungslos abgesagt werden.
- Seriose und unabhängige Berichterstattung
 muss von den Dachorganisationen bei den
 Veranstaltungen vor Ort uneingeschränkt ge-
 wahrleistet werden.
- Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Au-
 tokratien boykottieren. Der Staat soll sie da-
 bei unterstützen, wenn sie aufgrund der nicht
 Teilnahme, in finanzielle Not kommen. Dies
 soll durch Fordertöpfe geschehen, die von den
 betroffenen Sportler*innen abgerufen werden
 können.
- Solange Wettbewerbe noch in Autokratien
 stattfinden, sollen Politiker*innen diese kon-
 sequent boykottieren und so mit ihrer Abwe-
 senheit verhindern, dass Menschenrechtsver-
 letzungen legitimiert werden.

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion

45 dürfen sie sich nicht wegducken, sondern müssen
46 klare Haltung beziehen.

47 **Wir fordern deshalb:**

48 Dass alle Sportverbände auf Bundes- und interna-
49 tionaler Ebene, wie zum Beispiel das Internationa-
50 le Olympische Komitee (IOC), FIFA oder das Interna-
51 tionale Paralympische Komitee (IPC), klare Haltung
52 gegenüber Autokratien zeigen. Für die zukünftigen
53 Auswahlprozesse soll durch unabhängige Expert*in-
54 nen ein abgestufter Kriterienkatalog, der Aspekte
55 wie Menschenrechtsverletzungen, Rechtsstaatlich-
56 keit und demokratische Verfasstheit bewertet. Auf
57 dieser Basis sollen die Bewerbungsländer geprüft
58 werden. Auf Grundlage dieser Kriterien müssen die
59 Länder bei schwerwiegenden Verstößen, wie Angrif-
60 fe auf Leib und Leben (Folter, Verschwindenlassen,
61 Völkermord, ethnische Verfolgung etc.), aus dem
62 Auswahlverfahren ausgeschlossen werden. Die be-
63 reits jetzt vergebenen Wettbewerbe in diesen Staa-
64 ten sollen bedingungslos abgesagt werden.

65 Seriose und unabhängige Berichterstattung muss
66 von den Dachorganisationen bei den Veranstaltun-
67 gen vor Ort uneingeschränkt gewährleistet werden.
68 Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Autokra-
69 tien boykottieren. Der Staat soll sie dabei unterstüt-
70 zen, wenn sie aufgrund der nicht Teilnahme, in fi-
71 nanzielle Not kommen. Dies soll durch Fordertöpfe
72 geschehen, die von den betroffenen Sportler*innen
73 abgerufen werden können.

74 Solange Wettbewerbe noch in Autokratien stattfin-
75 den, sollen Politiker*innen diese konsequent boy-
76 kottieren und so mit ihrer Abwesenheit verhindern,
77 dass Menschenrechtsverletzungen legitimiert wer-
78 den.